

Einfache Anfrage Locher-St.Gallen vom 14. Januar 2019

Schülerstreiks an Kantonsschulen – Wahlkampf im Schulhaus und mit Schülerdaten?

Schriftliche Antwort der Regierung vom 12. Februar 2019

Walter Locher-St.Gallen erkundigt sich in seiner Einfachen Anfrage vom 14. Januar 2019 nach dem «Klimastreik» von Kantonsschülerinnen und Kantonsschülern und dem Hintergrund des «Kollektivs Klimastreik Ostschweiz». Insbesondere die Organisation der Anlässe und deren politischer Hintergrund würden Fragen aufwerfen. Zudem erkundigt er sich nach der Grundlage für eine grosszügige Auslegung der Absenzenordnung bei den ersten beiden Streiks.

Die Regierung beantwortet die einzelnen Fragen wie folgt:

1. Die Zusammensetzung des «Kollektivs Klimastreik Ostschweiz» ist nicht bekannt. Die aktiven Schülerinnen und Schüler an den einzelnen Kantonsschulen sind den Schulleitungen bekannt, da die Schulleitungsmitglieder mit diesen im Austausch sind.
2. Die St.Galler Kantonsschulen bieten während der Unterrichtszeit keine Plattform zur Organisation politischer Veranstaltungen. Die Aufrufe zum «Klimastreik» erfolgten insbesondere über die sozialen Medien. Sie wurden von einzelnen Schülerinnen und Schülern während ihrer Freizeit organisiert. Dass solche Aufrufe ausschliesslich von Mitgliedern der Schülerorganisation erfolgen, kann infolge der verfassungsmässigen Rechte (Meinungs- und Informationsfreiheit, Medienfreiheit, Versammlungsfreiheit) nicht postuliert bzw. durchgesetzt werden. Vertretungen aller Parteien haben die Möglichkeit, über die verschiedenen Kanäle der sozialen Medien an die Schülerinnen und Schüler der Kantonsschulen zu gelangen.
- 3.–5. Schulabsenzen ohne Bewilligung sind eine Verletzung der Präsenzpflcht, weshalb die Schulführung auf sie grundsätzlich mit dem Vermerken sogenannter unentschuldigter Absenzen zu reagieren hat. Summieren sich unentschuldigte Absenzen, werden Sanktionen fällig. Diese richten sich nach den Absenzenordnungen der Schulen und nach dem Ermessen der Schulführungsorgane. Dabei sind die Umstände sowie Persönlichkeit und Motive der Schülerinnen und Schüler zu berücksichtigen und zu gewichten. Im Fall der «Klimastreiks» besteht insoweit ein Spannungsfeld zwischen zwei Wertungen:
 - achtenswerte Motivation der Schülerinnen und Schüler sowie Wert von informellen Bildungsprozessen und der politischen Partizipation von Jugendlichen;
 - Unzulässigkeit der politischen Instrumentalisierung der Schule und Risiko der gruppendynamischen Beeinträchtigung des Schulbetriebs bzw. der Erfüllung des Schulungsauftrags.Diesem Spannungsfeld haben die Schulführungen der St.Galler Mittelschulen umsichtig Rechnung getragen, indem sie in der von Spontaneität geprägten Anfangsphase Toleranz geübt, in der Folge aber – nach erklärenden Gesprächen mit den Schülerinnen und Schülern – die Einhaltung der Präsenzpflcht eingefordert haben.

Der Gesprächsanlass vom Freitagmittag, 18. Januar 2019, mit Regierungsrat Marc Mächler war ausserordentlich gut besucht (über 350 Schülerinnen und Schüler), obwohl er in der unterrichtsfreien Zeit stattfand. Die Schülerinnen und Schüler haben die Gelegenheit benutzt, Regierungsrat Mächler Fragen zu stellen. Der Gesprächsanlass hat das grosse Interesse und eine echte Besorgnis junger Menschen über den Klimaschutz gezeigt.

- 6./7. Dem Datenschutz wird an den Kantonsschulen Nachachtung verschafft. Es werden den Lehrpersonen sowie den Schülerinnen und Schülern ausschliesslich jene Daten anderer Schulbeteiligter offengelegt, die zur Erfüllung ihrer Pflichten notwendig sind. Die Schülerinnen und Schüler kennen die Mail- und Wohnadresse sowie die Festnetznummer ihrer Kolleginnen und Kollegen im selben Kurs. Mobiltelefonaten sind nicht einsehbar. Diese Vorgaben waren auch gegenüber den vorliegend thematisierten Aktionen eingehalten, zumal keine Lehrpersonen bzw. Schulleitungsmitglieder organisatorisch involviert waren. Wie weit Schülerinnen und Schüler ihre eigenen Daten preisgeben, ist ihre eigene Sache.
- 8./9. Die Schule setzt zu den Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz auf solide Wissensvermittlung. Diese erfolgt insbesondere in den naturwissenschaftlichen Fächern. Die Schule geht zum Beispiel in den Bereichen Energiesparen und Verzicht auf Flugreisen in den Projektwochen selber mit gutem Beispiel voran. Sie unterstützt die Auseinandersetzung um Wege zum Klimaschutz – insbesondere dort, wo Schülerinnen und Schüler selber einen Beitrag leisten können.

Der Bildungsauftrag des Gymnasiums beinhaltet gemäss geltendem Reglement der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen (sGS 230.311; abgekürzt MAR) und dem Mittelschulgesetz (sGS 215.1) die Vorbereitung auf anspruchsvolle Aufgaben in der Gesellschaft. Es ist den Schulen ein Anliegen, dass sich junge Menschen als aktiven Teil der Gesellschaft verstehen. Die Schule setzt auf politische Bildung, wie sie zum Beispiel in den Fächern Geschichte sowie Wirtschaft und Recht vermittelt wird. In diversen auch von Schülerinnen und Schülern initiierten und organisierten Anlässen setzen sich die Schülerinnen und Schüler konkret mit ihren politischen Einflussmöglichkeiten auseinander.